

Einen Moment Normalität schenken

Die Seelsorgerin Anne Burgmer bietet Basler Prostituierten ein offenes Ohr und spirituelle Angebote

Seit Anfang Jahr engagiert sich die römisch-katholische Kirche beider Basel mit einer Seelsorge-Stelle für Prostituierte. Damit wagt sie sich – einmal mehr – in eine Tabuzone vor. Das Angebot ist in seiner Art einzigartig.

VALERIE ZASLAWSKI, BASEL

«Gott ist bestimmt unzufrieden mit mir», so zitiert Anne Burgmer eine gläubige Prostituierte aus dem Basler Milieu. Die deutsche Theologin leitet seit Anfang 2016 die Seelsorge-Stelle für Sexarbeitende; das auf zunächst drei Jahre begrenzte Projekt der römisch-katholischen Kirche beider Basel ist in seiner Art einzigartig und ergänzt das Angebot herkömmlicher Beratungsstellen. Der Basler Bischof Felix Gmür hat für diese Stelle speziell eine kirchliche Beauftragung, eine Missio, erteilt: «Ich wünsche eine Kirche, die rausgeht zu den Menschen. Unsere Aufgabe ist es, auch zu denjenigen zu gehen, die keine Lobby haben. Deshalb gibt es die Seelsorge im Tabubereich.»

Arbeit ohne Wertung

Wie Burgmer in ihrem Büro an der Webergasse, mitten im Rotlichtviertel, erzählt, will sie in erster Linie da sein für die Menschen – mit ihren Geschichten, Sorgen und Nöten. Ihnen einen Moment Normalität schenken. Sie tue dies «aus Nächstenliebe und Berufung». Neben seelsorgerischen Angeboten soll den jährlich über 3000 in Basel tätigen Prostituierten (siehe Zusatz) auch mit spirituellen Instrumenten zur Seite gestanden werden: Die 39-Jährige betet mit oder für jene Frauen, die das wünschen. Was Burgmer hingegen nicht will: die Frauen bekehren oder versuchen, sie auf den «richtigen» Weg zu bringen. Papst Franziskus sagte einst in Bezug auf Homosexuelle: «Wer bin ich, dass ich urteile?» So müsse man die konkreten Lebenssituationen der Menschen anschauen, findet Burgmer auch hinsichtlich der Prostituierten; sie handele ohne Wertung und lasse allfällige Moralvorstellungen aussen vor. Es gehe nicht darum, was die Frauen «falsch» machten, sondern darum, was sie – überhaupt – machten. Zum Beispiel ihre Kinder ernähren.

In den Gesprächen hört die Seelsorgerin immer wieder den einen Satz: «Bloss weil ich mich für diesen Job entschieden habe, heisst das noch lange nicht, dass ich ihn gerne mache.» Der Grossteil der Frauen habe keine Wahl, meint Burgmer. Oft seien es strukturelle Gründe, die dazu führten, dass die Frauen dieser und keiner anderen Arbeit nachgingen. In ihrem Arbeitsalltag klappert Burgmer die auf einschlägigen Internetsites aufgelisteten Salons der Stadt ab, dort stellt sie sich und ihre Arbeit vor. Manchmal ergebe sich ein Gespräch vor Ort, andere Male hinter-



Anne Burgmer sucht die Prostituierten teilweise selbst auf der Strasse auf und stellt sich vor.

ANNICK RAMP / NZZ

lasse sie der «Hausdame» an der Rezeption ihre Visitenkarte, erzählt sie. In den Salons herrsche eine eigene Dynamik, die nicht sofort durchschaubar sei. Die Studios seien, anders als beispielsweise Behörden, keineswegs systematisch aufgebaut. Erst ein einziges Mal sei ihr bisher die Tür vor der Nase zugeschlagen worden, als sie gesagt habe, dass sie von der Kirche komme. Grundsätzlich sei das Feedback indes positiv. Vor allem für Frauen aus Südamerika spiele der christliche Glaube eine grosse Rolle. Doch die Konfession sei nicht massgeblich: Wer ein offenes Ohr suche, bekomme es. Eine Hürde stelle indes die Sprache dar: «Ich kommuniziere manchmal mit Händen und Füssen», so Burgmer, die Deutsch, Französisch, Englisch,

ein bisschen Spanisch und Italienisch und ganz wenig Rumänisch spricht. Auch die Unstetigkeit des Milieus erschwere ihren Job: Die Salons verschwänden, die Frauen zögen weiter, in eine andere Stadt, in ein anderes Land, was eine kontinuierliche Betreuung praktisch unmöglich mache.

Am Rande der Gesellschaft

Dass die katholische und die reformierte Kirche der beiden Basel sich in diese gesellschaftliche Tabuzone vorwagen, ist kein Novum: Von 1987 bis 2013 betrieben sie für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt das «Aids-Pfarramt». Mittlerweile haben sich die Lebensumstände von Aidskranken ver-

bessert, und staatliche Anlaufstellen wurden geschaffen. Der katholischen Kirche war es dennoch ein Anliegen, sich weiterhin in einer Tabuzone zu engagieren, wie die Stellenleiterin und Diakonieverantwortliche der katholischen Kirche beider Basel, Sarah Biotti, sagt. Kritische Stimmen habe es kaum gegeben, und aus den zuständigen Gremien sei wenig Gegenwind gekommen, als klar geworden sei, dass sich die Kirche um Prostituierte kümmern werde. «Es ist wichtig, dass die Kirche an den Rand der Gesellschaft geht und dort präsent ist, wo Menschen sie brauchen», sagt Biotti. Es gelte, den Menschen zu zeigen, dass sie der Kirche nicht egal seien. Im Gegenteil: «Sie sind angenommen, so wie sie sind.»

Ein Strich für den Basler Strich

zas. · Seit 1942 ist Prostitution schweizweit ein legales Gewerbe; und in Basel ist das Anwerben von Kunden auf der Strasse in den sogenannten Toleranzonen erlaubt. Wiederkehrende Missachtung dieser Regelung sowie Beschwerden aus der Bevölkerung haben das Basler Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie das Bau- und Verkehrsdepartement kürzlich dazu bewogen, die Begrenzung der Toleranzzone in Kleinbasel auf den Trottoirs mit knallgrüner Farbe und einem Signet, das eine an eine Laterne gelehnte Frau zeigt, zu markieren. Die neue Markierung soll

einerseits den im Rotlichtviertel tätigen Prostituierten helfen, die Grenzen der Anwerbezonen einzuhalten, und andererseits der Polizei das Ahnden von Übertretungen erleichtern.

Viele der Frauen, die im Basler Milieu arbeiten, sind jeweils nur für kurze Zeit in der Stadt und sprechen kaum Deutsch. Neben den rund 2000 Frauen, die vorwiegend aus osteuropäischen EU/EFTA-Staaten kommen und im Meldeverfahren während bis zu neunzig Tagen pro Kalenderjahr in der Schweiz arbeiten dürfen, waren im Jahr 2015 weitere rund 1300 Frauen im Milieu aktiv:

die bei der Kantonspolizei Basel-Stadt freiwillig registrierten ständig anwesenden Prostituierten, die «Pseudotouristinnen» aus Drittstaaten sowie Frauen im Escort-Service, Drogenprostituierte und Cabaret-Tänzerinnen. Täglich bieten im Kanton Basel-Stadt schätzungsweise bis zu 800 Frauen ihre sexuellen Dienstleistungen an. Die Mehrzahl arbeitet in Salons oder wirbt ihre Freier in Kontaktbars an. In der Öffentlichkeit am stärksten sichtbar sind ebene in der Regel 30 bis 50 Prostituierten, die in der Kleinbasler Toleranzzone mögliche Kunden ansprechen.

Weniger Infektionen nach Operationen

Patienten können bei acht Eingriffen Spitäler vergleichen

(sda) · In Schweizer Spitälern ist die Zahl der Wundinfektionen nach Operationen laut einer Erhebung gesunken. Insbesondere die Infektionsraten nach Blinddarmentfernung, Leistenbrucheingriff und Magenbypass-Operation gingen seit 2011 zurück. Es zeichne sich eine positive Entwicklung ab, teilte der Nationale Verein für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken (ANQ) am Mittwoch mit. In seinem Auftrag waren die Daten von über 50 000 Patienten aus 153 Spitälern und Kliniken ausgewertet worden.

In der Messperiode von 2013/2014, deren Zahlen der ANQ nun vorlegte, wurden unter anderem 5305 Blinddarmentfernungen erfasst. Bei 180 davon kam es zu Infektionen. Das entspricht einer Infektionsrate von 3,4 Prozent. In der Vorjahresperiode waren es 4,5 Prozent gewesen, wie der ANQ und die Expertengruppe Swissnoso schreiben. Bei der Magenbypass-Operation ging die globale Infektionsrate von 5,5 auf 2,8 Prozent zurück. Auch bei Leistenbruchoperationen, Dickdarmchirurgie und Knie-totalprothesen-Implantationen zeigten sich Verbesserungen. Demgegenüber stellten die Experten bei den oberflächlichen Infektionen in der Dickdarmchirurgie eine signifikant höhere Rate an Wundinfektionen fest.

Die Erhebung bringt auch Unterschiede zwischen einzelnen Spitälern ans Licht. Die Patienten können diese selbst vergleichen: Zu acht Operationen sind die Daten online nach einzelnen Kliniken abrufbar. Das Ziel sei, dass die Spitäler sich untereinander vergleichen können, hatte der ANQ die erste Veröffentlichung vor zwei Jahren begründet.

www.anq.ch/messergebnisse/ergebnisse-akutsomatik

IN KÜRZE

Flankierende Massnahmen teilweise verschärft

(sda) · Der Wirtschaftskommission des Ständerats genügen die Strafen für fehlbare Unternehmen nicht; sie will die flankierenden Massnahmen verschärfen. Die vom Nationalrat beschlossenen Regeln zur Verlängerung von Normalarbeitsverträgen hingegen gehen der Kommission zu weit. Gemäss diesen soll die zuständige tripartite Kommission eine Verlängerung beantragen können, wenn sie wiederholt Verstösse gegen den Mindestlohn festgestellt hat oder Hinweise vorliegen, dass es ohne NAV zu wiederholtem Lohndumping kommen kann.

Charta zur Förderung von Raumplanern

(sda) · In der Schweiz gibt es weniger Raumplaner als benötigt würden. Mehrere Hochschulen, der Bund sowie Berufs- und Fachverbände haben deshalb eine Charta unterzeichnet, in der sie sich zur engagierten Nachwuchsförderung verpflichten. Pro Jahr schliessen in der Schweiz rund 60 Absolventen Ausbildungen ab, die als vollwertige Raumplanungs-Studiengänge gelten. Gefragt wären rund 100 bis 120 Raumplaner.

Neues Gefängnis für die Ostschweiz

(sda) · Ende 2019 verfügen die Ostschweizer Kantone plus der Kanton Zürich über ein neues Gefängnis in Graubünden. 152 Straftäter können in der neuen Justizvollzugsanstalt Realta in Cazis placiert werden. Die Bauarbeiten zum neuen Gefängnis wurden am Mittwoch aufgenommen. Gesamt-schweizerisch fehlen derzeit etwa 980 Plätze im geschlossenen Strafvollzug.

Höhere Steuern 2017

Aargauer Regierung will sparen und mehr einnehmen

(sda) · Früher als erwartet sollen im Kanton Aargau die Steuern steigen. Die Erhöhung der Kantonssteuern per 2017 um einen Prozentpunkt würde 17 Millionen Franken mehr in die Staatskasse bringen, wie der Regierungsrat am Mittwoch mitteilte. Auf das Jahr 2008 hatte das Parlament den Steuerfuss um fünf Punkte gesenkt. Seither wurde das Steuergesetz mehrfach revidiert, um die Belastung weiter zu reduzieren. Die Kantonsfinanzen seien «massiv unter Druck geraten», hält Finanzdirektor Roland Brogli (cvp) fest. Dies sei in diesem Ausmass nicht absehbar gewesen.

Jedoch sollen vor allem Einsparungen und ein Leistungsabbau rote Zahlen verhindern. Die Regierung beschloss für

das kommende Jahr ein Massnahmenpaket, das die Kasse um 130 Millionen Franken entlasten soll. So will die Regierung bei der Primarschule und der Oberstufe die Stundentafel reduzieren. Gleichzeitig sollen die Pflichtpensen für Lehrpersonen erhöht werden.

Im Asylwesen will der Regierungsrat die Sicherheitsleistungen sowie die Nachtwachen in den unterirdischen Unterkünften verringern. Auch beim Programm Hightech Aargau sowie beim Standortmarketing soll auf die Sparbremse getreten werden. Der Regierungsrat sieht vor, dass Staatsangestellte und Lehrpersonen 2017 keine Lohnerhöhung erhalten. Geplant sind zudem weitere Stellenreduktionen.

Bund will Vorbild als Energiesparer sein

Energieeffizienz soll um 25 Prozent gesteigert werden

(sda) · Sie gehen mit gutem Beispiel voran: Bundesverwaltung und bundesnahe Unternehmen haben ihre Energieeffizienz seit 2006 im Durchschnitt um 26,7 Prozent gesteigert. Das ist mehr, als sie geplant hatten. Um den Wert zu halten oder gar zu verbessern, sind trotzdem weitere Anstrengungen notwendig.

Die zivile Bundesverwaltung, das Verteidigungsdepartement (VBS), die bundesnahen Unternehmen Post, SBB, Skyguide und Swisscom sowie der ETH-Bereich sind zusammen für rund 2 Prozent des schweizerischen Gesamtenergieverbrauchs verantwortlich. Das ent-

spricht rund 1,5-mal der Energieproduktion des Kernkraftwerks Mühleberg. Entsprechend gross ist die Verantwortung dieser Akteure, ihre Energieeffizienz zu steigern, wie es in der Mitteilung des Bundesamts für Energie heisst. Die Organisationen und Unternehmen haben daher 2014 die Gruppe «Energie-Vorbild Bund» gegründet und eine Absichtserklärung unterzeichnet. Gemäss dieser wollen die Akteure ausgehend vom Basisjahr 2006 ihre Energieeffizienz um 25 Prozent steigern. Ausserdem wurden 39 gemeinsame Massnahmen definiert.